

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	4
ESF+: Strukturierter Dialog mit armutserfahrenen Menschen	4
Culture Helps Solidarity (Kultur hilft Solidarität) – „Erinnerung in Aktion“ (Projektförderungen)	4
Culture Helps Solidarity (Kultur hilft Solidarität) - Zugang von Ukrainer*innen zu Kultur und kulturellem Erbe	5
■ Öffentliche Konsultationen	7
Rechtsakt für hochwertige Arbeitsplätze	7
■ EU-Politik.....	8
Halbzeitbilanz zu EU-Forschungsmissionen	8
Vor der Rede zur Lage der Union: Meilensteine des vergangenen Jahres	8
Kulturhauptstädte Europas nach 2033	9
114,7 Mio. Euro Soforthilfe bei der Bewältigung der Situation in Ceuta	10
Einfachere und strategischere Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge vorgeschlagen.....	10
Neue EU-Vorschriften zur Bewältigung der Wohnungskrise	11
Deutsche Beihilfe von 400 Mio. Euro zur Versorgungssicherheit bei Insulin genehmigt.....	12
EU-Förderung für Projekte von 421 jungen Spitzenforscher*innen.....	13
NextGenerationEU erreicht Umsetzungsfrist.....	14
6,1 Mrd. Euro für die Verteidigung der Ukraine bewilligt.	14



EUFIS - Newsletter

■ September 2026



#LassReden-Kampagne in Deutschland15

Ebola-Schnelltests für die Demokratische Republik Kongo
.....15

■ **Veranstaltungen.....16**

ERASMUS+ JUGEND: Small-Scale Partnerships und
Kooperationspartnerschaften16

Webinar zur Europäischen Bürgerinitiative (EBI): „Das
Beste aus sozialen Medien und Influencer*innen für Ihre
Europäische Bürgerinitiative machen“16

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der SozialFinanz AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die SozialFinanz:

Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln, Tel. 0221 97356709

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail: europa@dpwv.de.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der SozialFinanz gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der SozialFinanz möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe September 2026 ist der 15.09.2026.

■ Ausschreibungen

ESF+: Strukturierter Dialog mit armutserfahrenen Menschen

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Strukturierter Dialog mit armutserfahrenen Menschen“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **29.10.2026**.

Das Hauptziel dieser Maßnahme besteht darin, die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Dialog zwischen politischen Entscheidungsträger*innen und Menschen mit eigener Armutserfahrung zu schaffen.

Dadurch soll sichergestellt werden, dass von Armut und / oder sozialer Ausgrenzung direkt betroffene Personen eine echte und einflussreiche Stimme bei Entscheidungen erhalten, die ihr Leben prägen.

Ein zentrales Anliegen ist es, die Teilnehmenden zu stärken (empowern), indem ihnen die Werkzeuge, das Selbstvertrauen und die Plattformen zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine wirksame Beteiligung an Diskussionen über die Bekämpfung von Armut und sozialer Inklusion benötigen. Dies geht Hand in Hand mit dem Aufbau von Vertrauen und dem Abbau von Barrieren zwischen Institutionen und marginalisierten Gemeinschaften.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Culture Helps Solidarity (Kultur hilft Solidarität) – „Erinnerung in Aktion“ (Projektförderungen)

Im Rahmen des Programms *Culture Helps Solidarity* wurde ein offener Projektauftrag für Projektförderungen zum Thema „Erinnerung in Aktion - Unterstützung von Projekten in den Bereichen der Gedenkarbeit, der historischen und künstlerischen Dokumentation sowie sozialer und nicht-institutioneller Archive als kulturelles Erbe“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **06.10.2026**.

Der Aufruf unterstützt kleinere Kulturprojekte, die sich mit den Erfahrungen, Erinnerungen und Geschichten von Menschen auseinandersetzen, die direkt vom Krieg Russlands gegen die Ukraine betroffen sind.

Dazu gehören u.a. Veteran*innen, Familien von Gefallenen, vertriebene Gemeinschaften, Anwohner*innen, Menschen, die Verlust, Gefangenschaft, Verletzung oder Vertreibung erlebt haben, sowie Augenzeugen von Kriegseignissen. Kulturschaffende, Kunstschaffende, Forschende, Community-Organizer, Akteur*innen der Erinnerungsarbeit und zivilgesellschaftliche Initiativen in der Ukraine und ganz Europa sind dazu eingeladen, Projekte zu entwickeln, die das Erinnern als eine achtsame, inklusive und von der Gemeinschaft getragene Praxis verstehen.

Durch künstlerische, pädagogische, forschungsbasierte oder partizipative Formate sollen die Projekte sinnvolle Gelegenheiten zur Reflexion schaffen, das lokale und kollektive Gedächtnis über Generationen hinweg stärken, vielfältige Stimmen hörbar machen und dazu beitragen, dass Menschen sich gesehen und gehört fühlen.

Die Projektförderungen können bis zu 7.000 Euro betragen. Insgesamt stehen 105.000 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Culture Helps Solidarity (Kultur hilft Solidarität) - Zugang von Ukrainer*innen zu Kultur und kulturellem Erbe

Im Rahmen des Programms *Culture Helps Solidarity* können Vorschläge für Kooperationszuschüsse zur Förderung des Zugangs von Ukrainer*innen zu Kultur und kulturellem Erbe eingereicht werden. Die Einreichfrist endet am **10.11.2026**.

Culture Helps Solidarity unterstützt Kunst- und Kulturschaffende aus der Ukraine dabei, ihre Kreativität, ihren Widerstandskraft und ihre Verbundenheit zur Gemeinschaft während und nach dem Krieg aufrechtzuerhalten.

Dieser Aufruf zielt darauf ab, kollaborative Projekte zwischen mindestens zwei Organisationen zu unterstützen, die ihren Sitz jeweils in der Ukraine bzw. in Ländern des Programms „Kreatives Europa“ (zu denen die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie weitere am Programm teilnehmende Länder gehören) haben.

Diese Organisationen nutzen Kultur, um den Zugang zur kulturellen Teilhabe zu verbessern und die Integration vertriebener Ukrainer*innen (sowohl innerhalb der Ukraine als auch in den Ländern von „Kreatives Europa“) oder von Geflüchteten in ihre Aufnahmegemeinschaften zu unterstützen.

Durch diese Kooperationen sollen folgende Ziele gefördert werden:

- grenzüberschreitende Vernetzung sowie der Austausch von berufserfahrenen Praktiken und bewährten Verfahren;
- gestärkte Kapazitäten für den interkulturellen Dialog und psychosoziale Unterstützung sowie
- die berufliche Weiterentwicklung von Kulturmanager*innen, während gleichzeitig eine Kultur der Solidarität bei der Gestaltung einer europäischen Zukunft für die Ukraine hervorgehoben wird.

Der Fonds vergibt Fördermittel in zwei Betragshöhen: bis zu 20.000 Euro für Partnerschaften aus zwei Organisationen und bis zu 30.000 Euro für Partnerschaften aus drei oder mehr Organisationen. Es werden mindestens 15 internationale Projekte gefördert. Die gesamte verfügbare Fördersumme beläuft sich auf 450.000,00 Euro.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

Rechtsakt für hochwertige Arbeitsplätze

Die vorliegende Initiative, die im Rahmen der Rede zur Lage der Union 2025 und des Arbeitsprogramms der Kommission für 2026 angekündigt wurde, zielt darauf ab, den neuen Gegebenheiten für Arbeitnehmer*innen in der modernen Wirtschaft Rechnung zu tragen.

Die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzqualität werden durch strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die zunehmende Digitalisierung und die sich weiterentwickelnden Arbeitsanforderungen und Arbeitsplätze stark beeinflusst.

Gute und faire Arbeitsbedingungen, die an die moderne Wirtschaft angepasst sind, sind für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und hochwertige Arbeitsplätze von entscheidender Bedeutung und sollten für alle Arten von Verträgen und branchenübergreifend sichergestellt werden.

Zu dieser Sondierung können Sie sich jetzt äußern. Ihr Feedback wird bei der Entwicklung und Erarbeitung der Initiative berücksichtigt. Die Frist für Rückmeldungen endet am **29.09.2026**.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ EU-Politik

Halbzeitbilanz zu EU-Forschungsmissionen

Die fünf EU-Missionen im Rahmen des Forschungsprogramms „Horizont Europa“ erzielen greifbare Ergebnisse für die Lösung von drängenden Herausforderungen durch wissenschaftliche und technologische Innovationen. Das geht aus der von der Europäischen Kommission am 14.09.2026 veröffentlichten Halbzeitbewertung hervor. Alle Missionen machen stetige Fortschritte bei der Erreichung ihrer Ziele, die Mission zur Klimaanpassung hat ihre Ziele für 2030 bereits erreicht und übertroffen.

Die fünf Missionen (Klimaanpassung, Klimaneutrale Städte, Krebs, Wiederherstellung unserer Ozeane und Gewässer, Ein „Soil Deal“ für Europa) sind groß angelegte Initiativen im Rahmen von „Horizont Europa“. Sie sollen wissenschaftliche und technologische Innovationen in praktische Lösungen umsetzen, die unter realen Bedingungen in ganz Europa getestet und eingesetzt werden können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1863

Vor der Rede zur Lage der Union: Meilensteine des vergangenen Jahres

Am 16.09.2026 hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament ihre zweite Rede zur Lage der Union (SOTEU) im laufenden Mandat gehalten. Seit der SOTEU 2025 hat die Kommission die Unabhängigkeit Europas in den Fokus ihrer Arbeit gestellt. In einer stärker fragmentierten Welt will Europa mehr Verantwortung für seine eigene Zukunft übernehmen.

Einen Überblick über die Errungenschaften des vergangenen Jahres gibt dieser am 11.09.2026 veröffentlichte Überblick und dieser Zeitstrahl.

In den vergangenen zwölf Monaten hat die Kommission ihre Anstrengungen beschleunigt, um die *Wettbewerbsfähigkeit* der EU zu steigern, gefährliche Überabhängigkeiten zu verringern und die europäische Industrie widerstandsfähiger gegen Marktverzerrungen und globale Überkapazitäten zu machen. Dazu gehören neuen Handelsabkommen mit Partnern weltweit, vom indopazifischen Raum bis Lateinamerika.

Das SAFE-Instrument fördert *Verteidigungsinvestitionen* in ganz Europa; es laufen Verteidigungsprojekte wie die „Eastern Flank Watch (Ostflankenwacht)“. Die Kommission und die EU unterstützen die Ukraine weiterhin.

Der Europäische *Schutzschild für die Demokratie*, das digitale Regelwerk der EU und das Instrumentarium für Rechtsstaatlichkeit schützen unsere *Demokratie*.

Die Rede zur Lage der Union 2026 wird live, unverschlüsselt und kostenlos übertragen: <https://audiovisual.ec.europa.eu/de>.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_26_1856

Kulturhauptstädte Europas nach 2033

Am 10.09.2026 hat die Europäische Kommission den Rahmen für die Kulturhauptstädte Europas *nach 2033* erneuert und gestärkt, indem sie die Lehren aus mehr als 40 Jahren Erfahrung in die nächste Generation des Programms einfließen lässt.

Ziel ist es, das Auswahlverfahren zu vereinfachen, die langfristige Altlasten- und Nachhaltigkeitsplanung zu stärken und es Gruppen von Städten, einschließlich grenzüberschreitender Partnerschaften, zu erleichtern, sich gemeinsam zu bewerben. Sie soll auch die Bürger*innen- und Jugendbeteiligung stärken und der inklusiven und nachhaltigen Stadtentwicklung mehr Gewicht verleihen.

Mit Unterstützung des [EU's-Programms Kreatives Europa](#) haben vier Jahrzehnte der Kulturhauptstädte gezeigt, wie viele Vorteile ein Jahr im Rampenlicht für eine Stadt erschließen kann, von neuen Kulturräumen und kreativen Möglichkeiten für Gemeinschaften und Künstler bis hin zu stärkeren lokalen Netzwerken und internationaler Sichtbarkeit.

Allein in den zwischen 2013 und 2022 bewerteten Hauptstädten verzeichneten die Programme 38,5 Mio. Zuschauer*innen. In ausgewählten Titelstädten stieg die Besucherzahl um durchschnittlich 30 - 40%.

Gemäß des neuen Vorschlages können Drittländer, die am Programm Kreatives Europa teilnehmen oder mit diesem assoziiert sind, ab 2034 um den Titel konkurrieren.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1833

114,7 Mio. Euro Soforthilfe bei der Bewältigung der Situation in Ceuta

Am 09.09.2026 hat die Kommission beschlossen, Spanien mit 114,7 Mio. Euro Soforthilfe bei der Bewältigung der Situation in Ceuta nach den massenhaften illegalen Grenzübertritten am 30. und 31.07.2026 zu unterstützen. Die finanzielle Unterstützung folgt auf die Reaktion der Kommission am ersten Tag, als sie Spanien sowohl finanzielle als auch operative Hilfe anbot.

Die Kommission koordiniert und erleichtert zudem die Mobilisierung der Unterstützung durch die EU-Agenturen. Frontex, Europol und die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) sind dem Antrag Spaniens auf operative Hilfe nachgekommen und verstärken ihre Unterstützung der spanischen Behörden zur Bewältigung der Lage vor Ort.

Dem heutigen *Beschluss über die Bereitstellung der Soforthilfe* liegt ein Antrag Spaniens vom 24.08.2026 zugrunde. Die Mittel stammen aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (82,7 Mio. Euro) und dem Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (32 Mio. Euro).

Damit sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Grenzüberwachung, des Grenzschutzes und der sicherheitsbezogenen Infrastruktur sowie zusätzliches Personal und weitere Ausrüstungsgüter finanziert werden. Die Mittel sollen auch für Einrichtungen zur Überprüfung der Migrant*innen und für die Rückführung der Personen, die sich illegal in Ceuta aufhalten, eingesetzt werden. Außerdem wird die Aufnahmekapazität in Ceuta, u.a. für unbegleitete Minderjährige, aufgestockt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1799

Einfachere und strategischere Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge vorgeschlagen

Die Europäische Kommission hat am 09.09.2026 einen Vorschlag für eine neue Verordnung zur Modernisierung und Vereinfachung des EU-Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge angenommen, um wirksame Investitionen in

öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen im Einklang mit den politischen Zielen der Union zu unterstützen.

Die Kommission schlägt eine umfassende Reform vor, um das öffentliche Beschaffungswesen einfacher, flexibler und wirksamer zu machen. Sie soll dazu beitragen, den Binnenmarkt für das öffentliche Auftragswesen zu vollenden, auf den rund 15% des Bruttoinlandprodukts (BIP) der EU entfallen.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist sowohl für die europäische Wirtschaft als auch für das tägliche Leben der Bürger*innen von zentraler Bedeutung und reicht von Verkehr, Infrastruktur und Energiesystemen bis hin zu Schulen und Gesundheitsdiensten. Der Vorschlag könnte zu erheblichen jährlichen administrativen Einsparungen in Höhe von 650 Mio. Euro führen, die sich aus einer Verringerung des Verwaltungsaufwands um 80 Mio. Euro für öffentliche Auftraggeber*innen und um 570 Mio. Euro für Wirtschaftsteilnehmer*innen ergeben.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1817

Neue EU-Vorschriften zur Bewältigung der Wohnungskrise

Die Kommission hat am 09.09.2026 das [Gesetz über erschwinglichen Wohnraum](#) vorgeschlagen, um die Mitgliedstaaten und Städte dabei zu unterstützen, die Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit von Wohnraum in Gebieten mit dem größten Druck anzugehen.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist zu einem der dringendsten Anliegen der Europäer*innen geworden. Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage betrachten mehr als 50% der Stadtbewohner*innen Wohnraum als ein unmittelbares und dringendes Problem. Die Wohnungskrise schwächt auch die Wettbewerbsfähigkeit, indem sie die Arbeitskräfte- und Bildungsmobilität einschränkt.

In einigen Städten und beliebten touristischen Destinationen, in denen der Druck auf den Wohnungsbau am stärksten ist, kann die zunehmende Nutzung von Wohnraum für andere Zwecke die lokale Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit erschweren.

Das *Gesetz über erschwinglichen Wohnraum (Affordable Housing Act)* reagiert auf diese Bedenken. Sie soll den

Behörden die Rechtssicherheit geben, wenn sie sich aufgrund lokaler Besonderheiten für ein Tätigwerden im Rahmen des EU-Rechts entscheiden.

Einige Mitgliedstaaten haben bereits Maßnahmen ergriffen, um diesen Druck abzubauen, standen jedoch vor rechtlichen Herausforderungen hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem EU-Recht. Das *Gesetz über erschwinglichen Wohnraum* schafft Klarheit und Vorhersehbarkeit und entspricht dem Wunsch der Mitgliedstaaten und Gemeinden nach *mehr Rechtssicherheit* darüber, wie sie im Zusammenhang mit dem EU-Binnenmarkt handeln können.

Das Gesetz über erschwinglichen Wohnraum bietet den ersten gemeinsamen europäischen Rahmen für die Bewertung von wohnungsbezogenen Maßnahmen mit Auswirkungen auf den Binnenmarkt. Sie überlässt die Entscheidung darüber, ob und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, den zuständigen Behörden. Die wohnungspolitischen Entscheidungen bleiben auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Dem Vorschlag liegt eine [Empfehlung zur Erschwinglichkeit und zum Angebot von Wohnraum in Gebieten mit Wohnungsnot bei](#). Sie soll die Behörden in ihren Bemühungen unterstützen, das Wohnungsangebot in den Gebieten zu erhöhen, in denen es am dringendsten benötigt wird, u.a. durch eine schnellere Planung und Genehmigung von Neubauten, die Renovierung und Umwidmung von Gebäuden und die Erleichterung von Investitionen. Die Behörden werden ferner aufgefordert, diese Bemühungen zu konzentrieren, um das Wohnungsangebot durch Pläne zur Beschleunigung des Wohnungsbaus zu erhöhen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1792

Deutsche Beihilfe von 400 Mio. Euro zur Versorgungssicherheit bei Insulin genehmigt

Die Europäische Kommission hat am 08.09.2026 eine deutsche Beihilfe von 400 Mio. Euro für den Pharmahersteller Sanofi-Aventis Deutschland GmbH genehmigt, um die Versorgung mit menschlichem Insulin und Insulinanaloga im Angesicht von Produktions- und Lieferengpässen krisenfester zu machen.

Im Rahmen der Maßnahme wird Deutschland Sanofi einen Ausgleich für die Erbringung einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zahlen.

Ohne die Beihilfe würde Sanofi seinen deutschen Standort schließen. Das würde die Sicherheit der Insulin-Versorgung im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verringern, da Insulin in diesem Falle in Deutschland überhaupt nicht mehr und im EWR nur noch an einem einzigen Standort produziert würde.

Da einige Produkte wie menschliches Insulin nicht mehr im EWR hergestellt würden, wäre Europa von Einfuhren aus Drittländern abhängig. Außerdem kommt es wegen der zunehmenden Umlenkung von Produktionskapazitäten auf GLP-1-RA-Produkte häufiger zu Versorgungsengpässen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1798

EU-Förderung für Projekte von 421 jungen Spitzenforscher*innen

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 03.09.2026 die Vergabe von 421 Starting Grants (Nachwuchsförderung) in Höhe von 705 Mio. Euro an junge Wissenschaftler*innen in ganz Europa bekannt gegeben.

Deutschland hat mit 89 Projekten und 84 unterstützten Forschenden erneut besonders erfolgreich abgeschnitten. Forschende, die am Anfang ihrer Karriere stehen, können mit der Unterstützung ihre Projekte zu starten und ihre Teams bilden.

Die ausgewählten Projekte decken ein breites Spektrum an Forschungsgebieten ab, das von den Lebenswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften bis hin zu den Sozial- und Geisteswissenschaften reicht.

Bei dieser Ausschreibung wurden 4.807 Anträge eingereicht – ein Rekord und ein Anstieg um 22% verglichen mit den 3.928 Anträgen der letztjährigen Ausschreibung. Die gestiegene Nachfrage spiegelte sich auch in der Zahl der Anträge von Forschenden mit Sitz außerhalb Europas wider.

Unter den erfolgreichen Bewerber*innen für ein Starting Grant befinden sich 84 Deutsche, 50 Forschende aus Italien, 30 aus Frankreich, 24 aus Spanien sowie Forschende aus 48 weiteren Ländern.

Die Förderrunde 2027 ist nun für Bewerbungen geöffnet; die Frist endet am **14.10.2026**. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/eu-forderung-fur-projekte-von-421-jungen-spitzenforschern-etwa-ein-funftel-sind-aus-deutschland-2026-09-03_de

NextGenerationEU erreicht Umsetzungsfrist

Der 31.08.2026 war laut Aussage der Kommission ein wichtiger Meilenstein für die Aufbau- und Resilienzfazilität, das Herzstück von NextGenerationEU, da die Mitgliedstaaten die endgültige Umsetzungsfrist für die in ihren nationalen Aufbau- und Resilienzplänen festgelegten Reformen und Investitionen erreichen. Dies sei ein entscheidender Moment für die gemeinsame Reaktion der EU auf zwei große Krisen: die COVID-19-Pandemie und Russlands Invasion der Ukraine.

Mit Beginn der Endphase von NextGenerationEU liegt der Schwerpunkt nun darauf, die verbleibenden Schritte für einen erfolgreichen Abschluss der Aufbau- und Resilienzfazilität abzuschließen.

Die Mitgliedstaaten haben bis zum 30.09.2026 Zeit, ihre Anträge auf Restzahlung im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität zusammen mit allen Belegen einzureichen, während die Kommission alle Zahlungen bis zum 31.12.2026 abschließen wird.

Deutschland wird einen Antrag zur Auszahlung für die verbleibenden ca. 20% der Mittel (ca. 5,6 Mrd. Euro der insgesamt eingeplanten 30 Mrd. Euro an Zuschüssen) einreichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1771

6,1 Mrd. Euro für die Verteidigung der Ukraine bewilligt

Am ukrainischen Unabhängigkeitstag am 24.08.2026 hat die Europäische Kommission 6,1 Mrd. Euro für die Beschaffung neuer Verteidigungsgüter für die Ukraine bewilligt. Diese Mittel sind für Luft- und Raketenabwehrsysteme, Flugkörper, Munition und Radarsysteme bestimmt.

Damit bekräftigt Europa seine Entschlossenheit, die Verteidigung und Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegen die anhaltende Aggression Russlands zu unterstützen.

Durch den heutigen Beschluss werden die bereits bewilligten Beschaffungspläne um 16 Mrd. Euro aufgestockt. 8,35 Mrd.

Euro sind bereits ausgezahlt worden, um sicherzustellen, dass die Ukraine kritische Ausrüstung rechtzeitig und in dem erforderlichen Umfang erhält.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1750

#LassReden-Kampagne in Deutschland

Im Rahmen der EU-Jugendkampagne #LassReden haben in den vergangenen Monaten mehr als 1.500 junge Menschen aus ganz Deutschland über ihre Sorgen, Ideen und Hoffnungen gesprochen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die sich am 21.08.2026 in einer Videobotschaft persönlich bei allen Teilnehmenden bedankt hatte, sowie andere hochrangige Kommissionsmitglieder haben direkt auf die Fragen reagiert, die Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland besonders bewegen (Videos der Kampagnen-Website finden Sie [hier](#)).

Zu den zentralen Anliegen, die die jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren online und offline mit der EU geteilt haben, gehören: Hohe Lebenshaltungskosten, Zugang zu Bildung, die Arbeitswelt von morgen, Migration und Polarisierung, Klimawandel und Sicherheit.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/lassreden-kampagne-deutschland-von-der-leyen-antwortet-jungen-menschen-2026-08-21_de

Ebola-Schnelltests für die Demokratische Republik Kongo

Die Europäische Kommission hat am 18.08.2026 Ebola-Schnelltests und Testgeräte im Wert von 2,5 Mio. Euro für die Demokratische Republik Kongo bereitgestellt. Die ersten Lieferungen an Africa CDC (Afrikanische Zentren für Krankheitskontrolle und Prävention) werden noch im August erfolgen. Eine weitere Vereinbarung mit der Weltgesundheitsorganisation WHO über zusätzliche Tests wird gerade vorbereitet.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/ebola-schnelltests-fur-25-millionen-euro-eu-hilft-drk-2026-08-18_de

■ Veranstaltungen

ERASMUS+ JUGEND: Small-Scale Partnerships und Kooperationspartnerschaften

Die Nationalagentur Jugend für Europa bietet am **01.12.2026** (14:00 Uhr bis 16:00 Uhr) eine digitale Veranstaltung zu den Förderformaten *Small-Scale Partnerships* und *Kooperationspartnerschaften* in der *Leitaktion°2* des ERASMUS+ JUGEND-Programms an.

In Vorbereitung auf die Antragsfrist März 2027 wird es neben einer Übersicht zu den Rahmenbedingungen und allgemeinen Informationen zu den Formaten um die Frage gehen, wie die Antragstellung funktioniert und was notwendig ist, um einen erfolgreichen Projektantrag zu stellen. Daneben bleibt genug Zeit, um auf Ihre Fragen einzugehen.

Die Veranstaltung steht allen interessierten Organisationen offen und wird als Online-Format (via Zoom) durchgeführt. Die Veranstaltung findet in deutscher Sprache statt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Webinar zur Europäischen Bürgerinitiative (EBI): „Das Beste aus sozialen Medien und Influencer*innen für Ihre Europäische Bürgerinitiative machen“

In diesem Webinar werden EBI-Organisator*innen und Kommunikationsexpert*innen untersuchen, wie soziale Medien und Influencer*innen die Kampagnen europäischer Bürgerinitiativen stärken können.

Durch die Kombination von praktischer Anleitung mit Erfahrungen aus erster Hand von erfolgreichen Organisatoren lernen die Teilnehmenden, wie sie eine effektive digitale Strategie entwickeln, relevante Influencer*innen identifizieren und einbinden, Kampagnenimpulse aufbauen und die Sichtbarkeit und Wirkung ihrer Initiative maximieren können.

Das Webinar findet am **06.10.2026** von 12:30 Uhr – 13:30 Uhr in englischer Sprache statt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).